



Die Stadt Wolfsburg stand nach dem Untergang des NS-Regimes vor einer großen Herausforderung, denn die 1938 als „nationalsozialistischen Musterstadt“ geplante „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ verfügte über keinerlei kommunalpolitische Tradition, auf die die Stadt nach dem Ende des Krieges zum Aufbau einer neuen, demokratischen Verwaltung hätte zurückgreifen können. Die schwierige Situation vor Ort spiegelt sich auch in den ersten Kommunalwahlen, bei denen die SPD 1946 einen überraschend deutlichen Wahlsieg feierte. Nur zwei Jahre später aber sorgte der Wahlsieg der rechtsextremen *Deutschen Rechts Partei* (DRP) in Wolfsburg in ganz Deutschland für Aufsehen. Siebzig Jahre nach der ersten und nur drei Tage nach der diesjährigen Kommunalwahl hat das *Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation Wolfsburg* (IZS) am 14. September im Alvar-Aalto-Kulturhaus eine Informationsveranstaltung zur Geschichte der Kommunalwahlen in Wolfsburg veranstaltet.

### **Rechtsruck in Wolfsburg. Der DRP-Wahlsieg 1948**

In seinem Einführungsvortrag berichtete Dr. Alexander Kraus (IZS) über die Kommunalwahl von 1948 und den Wahlsieg der DRP, die 64,3 Prozent der Stimmen erreichte. Dies sei der erste große Wahlerfolg einer rechtsextremen Partei in Deutschland nach dem Untergang des NS-Regimes gewesen, erläuterte der Wolfsburger Historiker und referierte anschließend die Wahlanalysen, die Presse und Politik für diese Entwicklung fanden. Der Erfolg der DRP – so analysierte beispielsweise Paus Pommer in der *Hannoverschen Presse* damals – sei nicht allein auf die widrigen Lebensumstände in der Volkswagenstadt zurückzuführen, vielmehr sei eine derartige Entwicklung überall in Deutschland möglich. Der Umgang der Stadt Wolfsburg mit dem Wahlsieg der Rechtsextremen wurde von ihm gar zu einem Prüfstein für die Demokratisierung der Deutschen hochstilisiert. Andere Zeitungen fanden in der miserablen Politik der SPD eine Erklärung. Zumeist wurde jedoch auf die schwierigen Verhältnisse vor Ort verwiesen. Auch der Wolfsburger Stadtdirektor Johannes Dahme thematisierte die Notlage der Stadt, die zahlreiche Flüchtlinge und Displaced Persons aufnahm, in der aber zugleich kommunale Einrichtungen auf Grund der schwierigen rechtlichen Verhältnisse quasi nicht vorhanden seien. In Konsequenz, so Dahme, sei der „Glaube an die Demokratisierung“ bei den Einwohnern der Stadt „erschüttert“.



Dr. Alexander Kraus (IZS) // Foto: Lars Landmann, IZS

Die DRP hingegen sei von der unerwarteten Regierungsverantwortung überrascht und bald überfordert gewesen. Ihre Versuche, die Stadtverwaltung von unliebsamen Mitgliedern zu säubern, sei vor allem an Formfehlern gescheitert. Letztlich führte ein solcher Formfehler zur Annullierung der Wahl, denn die DRP hatte auf ihrer Reserveliste vier Kandidaten zu viel aufgeführt. Nur wenig später verbot die britische Militärregierung die DRP. In der Begründung hieß es, die Partei habe „ihre Politik in einer aufreizend nationalistischen und manchmal sogar militärischen Weise betrieben“. Diese Methoden aber würden „die öffentliche Sicherheit bedrohen und einer freien und friedlichen Entwicklung der Demokratie in Deutschland nachteilig“ sein.

Damit war das Intermezzo des Rechtsextremismus in Wolfsburg jedoch noch nicht vorbei. Im Mai 1949 erreichte die *Deutsche Partei*, die sich in Wolfsburg aus ehemaligen DRP-Mitgliedern rekrutierte und zu einem „Sammelbecken der Rechtsradikalen“ avancierte, 48 Prozent der Wählerstimmen. In den folgenden Jahren fanden zahlreiche Ex-DRPler in der *Sozialistischen Rechtspartei* eine neue Heimat. Zu ihrem Mitbegründern zählten neben Otto Ernst Remer, der maßgeblich an der Niederschlagung des Staatsstreichs vom 20. Juli beteiligt war,

auch der VW-Betriebsratsvorsitzende Helmut Hillebrecht sowie der spätere Stadtarchivar Dr. Bernhard Gericke. Bei den Kommunalwahlen 1951 gewann die SRP vier Sitze im Rat. Die einstige Ortsgruppe der DRP sei ihr fast geschlossen beigetreten. Erst 1952 wurde die Partei verboten. Bis zum Ende der 1950er Jahre waren rechte Parteien – mit Ausnahme der Kommunalwahl von 1952 – im Rat der Stadt vertreten.

Auch der klare Wahlsieg der SPD bei der ersten Wolfsburger Kommunalwahl 1946 wurde von manchen Bürgern Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre als Erklärung für den DRP-Erfolg genannt. Die Wolfsburger verwiesen darauf, dass die SPD durch eine rücksichtslose Ausnutzung der Macht aufgefallen sei, zudem seien Bestechung und Misswirtschaft an der Tagesordnung gewesen. Die Wahl der DRP wurde so von den Bürgern der Stadt im Rückblick zu einer Protestwahl umgedeutet. Eine Meinungsumfrage aus dem Jahr 1949 widerspreche allerdings dieser Feststellung, erklärte der Referent. Allein 8 Prozent der Befragten hätten sich von der SPD „betrogen“ gefühlt, hingegen versprachen sich 26 Prozent von der DRP eine „Verbesserung ihrer persönlichen Lage“.

Die Wirkungsmächtigkeit der einzelnen Faktoren lasse sich nicht genau bestimmen, schloss Kraus. In Wolfsburg aber seien im Gegenteil zu anderen Städten zahlreiche ausschlaggebende Faktoren zusammenkommen: Eine hohe Zahl ehemaliger NSDAP-Mitglieder, zahlreiche Flüchtlinge und Vertriebene sowie eine desaströse Alltagssituation und ungeklärte Rechtsverhältnisse führten zum Entstehen eines problematischen politischen Milieus. Eine „geglückte Demokratie“.

### **Die Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute**

Prof. Dr. Edgar Wolfrum (Universität Heidelberg) analysierte in seinem Vortrag die Entwicklung der Bundesrepublik von 1949 bis heute und die damit verbundenen Wandlungsprozesse der Deutschen. Wolfrum vertrat die These, dass die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland „vielen Schwächen zum Trotz“ eine „geglückte Demokratie“ sei. Angesichts der Hypothek des Nationalsozialismus und der Kriegsfolgen sei Deutschland 1945 aus der Weltgemeinschaft ausgestoßen gewesen. Heute aber gehöre die Bundesrepublik zu den stabilsten und angesehensten westlichen Demokratien. Sie sei so lange wie noch keine

andere Staatsform in Deutschland ohne Krieg und elementare Krisen ausgekommen; ihre Entwicklung kennzeichne eine fortgesetzte Stabilisierung, eine durchgreifende Pluralisierung und eine wachsende Internationalisierung. Sie sei zu einer „reformfähigen Wohlstandsgesellschaft“ geworden, wie es nur wenige in der Welt gebe. Diese Entwicklung aber sei erklärungsbedürftig, weil sie nach der Katastrophe des Nationalsozialismus nicht selbstverständlich war.

Denn angesichts eines zerstörten Landes, weit verbreitetem Elend, der Hypothek von 12 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen, Wohnungsmangel und einem Arbeitslosenanteil von rund 10 Prozent im Jahre 1950 habe sich die Bundesrepublik bei ihrer Gründung 1949 in einem sehr labilen Zustand befunden. Allerdings habe die Bundesrepublik mit dem Grundgesetz, das durch die Katastrophenerfahrung des Nationalsozialismus geprägt gewesen sei und in dem die erste deutsche Demokratie, Weimar, immer gegenwärtig war, über eine Grundrüstung für die Demokratie verfügt. Diese musste aber erst mit Leben gefüllt werden und sich in der Praxis beweisen, weshalb sich in der Zeit von 1949 bis 1959, der „formativen Phase“, Erfolg und Misserfolg der zweiten deutschen Demokratie entschied. Der ökonomische Nachkriegsboom der 1950er Jahre sei außergewöhnlich und einmalig in der Weltgeschichte gewesen, befand Wolfrum, und gerade er habe aus „Volksgenossen“ Demokraten gemacht.

Für den Erfolg der Bundesrepublik nannte der Heidelberger Historiker verschiedene Faktoren. So habe eine „funktionale, aber auch skandalöse“ Politik im Hinblick auf die NS-Funktionseliten stattgefunden, die kaum bestraft, sondern vielmehr in den neuen Staat integriert wurden. Zudem habe die Bundesrepublik, anders als die DDR, auf der „richtigen Seite“ des Kalten Krieges gestanden und häufig von der „Gunst der Stunde“ profitiert. Die Sozialpolitik (Lastenausgleich, Rentenpolitik etc.) habe zur Konsensstiftung beigetragen, die CDU als „Staubsauger“ viele kleinere konservative Parteien absorbiert, rechts- und linksextreme Parteien seien verboten worden. Außerdem trug das 3-Parteiensystem (CDU/FDP/SPD) maßgeblich zur Stabilisierung der jungen Demokratie bei. Anders als die Weimarer Republik habe die Bonner Republik zudem „Zeit zum Lernen“ gehabt.



Prof. Dr. Edgar Wolfrum (Universität Heidelberg) // Foto: Lars Landmann, IZS

Mit dem Beginn der 1960er Jahre habe Deutschland dann eine unerwartete Phase des Fortschritts erlebt. Mit bisher ungekannter Dynamik haben sich unterschiedliche Modernisierungsprozesse ergänzt, deren Folgen die Gegenwart noch immer prägen. Diese Pluralisierung, so erklärte Wolfrum, konnte – und dies war ihre Voraussetzung – auf dem Erfolg und der Stabilität der 1950er Jahre aufbauen. Angesichts der in den 1960er Jahren vermehrt auftretenden innenpolitischen Konflikte gewannen politische und gesellschaftliche Liberalisierungstendenzen an Gewicht. Wolfrum sprach von einer „inneren Demokratisierung“, dem „Wandel überkommener Wertorientierungen“, „Lebensstilen und Mentalitäten im Generationenwechsel und -konflikt“ und einer Gesellschaft, die „lernte, aber auch neue Fehler beging“. All diese Begriffe bündelte Wolfrum in dem Schlagwort von der „Gesellschaft im Aufbruch“. Babyboom und Bildungsexpansion, die Anwerbung von „Gastarbeitern“, erste ökonomische Wachstumsstörungen, Notstandsgesetzgebung, *Außerparlamentarische Opposition* (APO) und 68er-Bewegung sowie die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit seien die zentralen Gründe für den Reformdruck dieser Jahre gewesen. Besonders deutlich sei die Veränderung zwischen 1960 und 1973 in der

Außen- und Deutschlandpolitik spürbar gewesen, wo die „Neue Ostpolitik“ Willy Brandts ab 1969 ebenso heftig umstritten war wie die Westpolitik Konrad Adenauers Anfang der 1950er Jahre. Das politische Ziel – „die Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn und Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit bei gleichzeitiger Wahrung der Einheit der Nation“ – habe laut Wolfrum zu leidenschaftlichen Kontroversen, dramatischen Entscheidungen und neuen Identitätsdebatten geführt. Berlin-Krise, Mauerbau und Kuba-Krise hätten zudem den Kalten Krieg verändert. Seine Hochphase sei abgeflaut und habe in eine Entspannungspolitik gemündet, die die deutsche Frage wieder akut werden ließ.

Dieser dynamischen Ära sei seit 1973 eine Periode „der langfristigen Schwierigkeiten“ gefolgt. Der Ölpreisschock 1973 habe im gesamten Westen das politische, ökonomische und gesellschaftliche Klima verändert. Die Reformpolitik der Bundesrepublik, die über die Steigerung des Preises der Ware Arbeitskraft finanziert wurde, habe zur Verschärfung der aufkommenden strukturellen Massenarbeitslosigkeit beigetragen. Daher habe die Bundesrepublik, so Wolfrum, ihre Prämisse – die Vollbeschäftigung als Vorbedingung für die wohlfahrtsstaatliche Politik zu wahren – selbst zerstört, was zu gravierenden Folgeproblemen geführt habe. Die Weltwirtschaft sei in eine tiefe Depression geraten; der globale Markt habe eine neue Dynamik erfahren, wodurch Europa zunächst ins Hintertreffen geriet. Mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes Mitte der 1980er Jahre habe sich die Situation aber wieder gebessert. Insgesamt sei das letzte Drittel des 20. Jahrhundert von einem internationalen Strukturwandel gekennzeichnet. Angesichts der ersten und zweiten Ölkrise, der islamischen Revolution, angesichts von Rezession und Arbeitslosigkeit sowie der Gefahr des Linksterrorismus der *Roten Armee Fraktion* (RAF) und dem Rücktritt Willy Brandts als Bundeskanzler im Frühjahr 1974 standen nicht mehr Utopien und langfristige Zielvorgaben im Mittelpunkt der deutschen Politik, sondern Pragmatismus und Krisenmanagement. Der Sozialstaat wurde nicht mehr ausgebaut, sondern eingeschränkt. Eine internationale Austeritätsepoche brach an; sie fand in der Bundesrepublik aber nur mäßige Nachahmung. Seit Mitte der 1970er Jahre habe sich in Deutschland zudem eine gesellschaftliche und kulturelle Tendenzwende bemerkbar gemacht. Neue



Foto: Lars Landmann, IZS

Suchbewegungen seien entstanden, die sowohl Fragen nach der Zukunft des Sozialstaats als auch solche nach Sinn, Identität und Lebensqualität in einer sich rasch verändernden Zeit betrafen. Neue soziale Bewegungen entstanden. Insbesondere die Ökologiebewegung erlebte angesichts internationaler Umweltkatastrophen großen Zulauf, aber auch die Frauen- und Friedensbewegung Anfang der 1980er Jahre entfaltete Zugkraft. Zahlreiche Bürgerinitiativen bildeten sich. Die politischen Institutionen der Bundesrepublik erwiesen sich weiterhin als stabil, allerdings hätten sie – so Wolfrum – an „exklusiver Bindungskraft“ verloren. Mikroelektronik, Massenkommunikationsmittel, Gentechnik, Biotechnologie und die Medialisierung zahlreicher Lebensbereiche hätten zudem eine „neue Stufe der industriellen Revolution“ ausgelöst.

Die Ära zwischen 1974 und 1989 zeichne sich hingegen außenpolitisch durch ein Abflauen der Entspannungspolitik sowie durch den Untergang des Kommunismus und die deutsche Wiedervereinigung 1989 aus. Mit letzterer sei ein ganzes Zeitalter beendet worden: die seit 1917 bestehende Zweiteilung der Welt. Lange Zeit schien diese Entwicklung undenkbar. Am Vorabend der „unverhofften Einheit“ (Konrad H. Jarausch) schien es vielen, als habe sich die Bundesrepublik Deutschland nach 40 Jahren selbst anerkannt. Die „Rückkehr

der Nation“ sei ein weiteres Markenzeichen dieser Ära, denn die Bedeutung von Territorialität und Nationalstaat hatte Anfang der 1970er Jahre zugunsten von regionalen, europäischen und globalen Tendenzen abgenommen.

Doch schon bald folgten neue Konflikte. Auf dem Balkan tobten Bürgerkriege mitten in Europa. Allein 1992 zählte man 52 Kriege in der Welt. Die Bundesrepublik aber hatte 50 Jahre in dauerndem Frieden verbracht; kaum jemand rechnete damit, dass Kriege ausbrechen könnten, die auch Deutschland betrafen. Der 11. September 2001 veränderte laut Wolfrum alles. Der neue Feind heiÙe nun internationaler Terrorismus, doch seine Gestalt bleibe schemenhaft und auch territorial undefinierbar. Diese „neuen Kriege“ scheinen laut Wolfrum keinen Anfang und besonders kein Ende mehr zu haben; die Verteidigung ziele oft ins Leere und es sei nicht klar, wie der Frieden zu gewinnen sei. Außenpolitisch folgte dem Rot-Grünen-Machtwechsel 1998 infolge des Kosovo-Krieges eine Wende. Das Diktum „Nie wieder Krieg“ überhöhte Außenminister Joschka Fischer zu „Nie wieder Auschwitz“. Das Führen von Kriegen war nun vertretbar, wenn es der Verhinderung von Schlimmerem diene. Eines der größten Probleme der Bundesrepublik stelle dagegen die demographische Entwicklung dar. Während die Weltbevölkerung kontinuierlich und rasant ansteige, sei die Bundesrepublik – wie auch andere Industriestaaten – an dieser Entwicklung nicht beteiligt, denn ihre Geburtenrate bleibe rückläufig. Welche Folgen dies habe und ob das „Modell Deutschland“ am Ende sei, sei nicht absehbar. Insgesamt sei die Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung heterogener geworden, das Parteienspektrum habe sich erweitert, die Bindungskraft der Parteien habe nachgelassen. Mit der Gesellschaft der Weimarer Republik und des Kaiserreiches, die von scharfen Bruchlinien und unversöhnlichen Konflikten durchzogen waren, habe die Bundesrepublik aber keine Ähnlichkeit mehr, denn dafür sei die Prägekräft des „Bonner Modells“ insgesamt zu stark gewesen. Sie habe sich jedoch anderen großen westeuropäischen Demokratien wie Frankreich, Großbritannien und Italien angenähert und zudem jene Anomalie (Hypothek der NS-Vergangenheit, Spaltung der Nation) verloren, die die Bonner Republik noch besaÙ. Diese Entwicklung sei jedoch nicht bedenklich, sondern nur neu. Denn wer bestehen will, dürfe sich laut Wolfrum dem Wandel nicht verschließen. Und die Bonner Demokratie habe sich seit ihrem Bestehen immer gewandelt.

Historiker, so resümierte Wolfrum, sollten mit Prognosen vorsichtig sein, denn wer zu glauben wisse, wie sich der Lauf der Dinge entwickeln werde, bereite den nächsten Irrtum schon vor. Wenn man aber Deutschland im Jahre 1945 betrachte – ein aus der Weltgemeinschaft aufgrund der nationalsozialistischen Verbrechen Ausgestoßener Paria – und wenn man bedenke, dass das Land eine vierzigjährige Teilung zu überstehen hatte, dann erscheinen die heutigen Probleme nicht mehr so gewaltig. Zwei Dinge seien aus der Geschichte der Bundesrepublik zu lernen: Deutschland und Europa dürften keinen Gegenpol darstellen. Und die Demokratie könne nur bestehen, wenn sie wehrhaft ist und ihre Feinde von links und rechts bekämpfe.

### **Gefahr von Rechtsaußen? Die AfD und die deutsche Parteienlandschaft**

Die anschließende Diskussion, an der neben Wolfrum noch der Parteienforscher Prof. Dr. Frank Decker (Universität Bonn), die Rechtsextremismus-Expertin Franziska Schmidtke (Universität Jena) sowie der Wolfsburger Oberbürgermeister Klaus Mohrs teilnahmen und die von Dr. Kraus moderiert wurde, kreiste um die Gründe für den Wahlerfolg der AfD, die jüngst bei der Kommunalwahl in Wolfsburg 10,5 Prozent der Stimmen erreichte.

Frank Decker führte drei zentrale Gründe für das Erstarken der AfD auf. Zunächst nannte der Bonner Parteienforscher die Nicht-Politisierung der Migrationsfrage. Bereits in den 1960er Jahren seien Ausländer als Arbeiter nach Deutschland gekommen, doch die Frage der Integration sei niemals strittig diskutiert worden. Trotz der restriktiven Einwanderungspolitik Helmut Kohls sei die Integration der Ausländer kein totaler Misserfolg gewesen. Erst die Sarrazin-Debatte 2010 zum angeblichen Scheitern der Einwanderungs- und Integrationspolitik habe eine Zäsur dargestellt und das Terrain für den Rechtsextremismus bereitet. Als zweiten Grund verwies Decker auf die Liberalisierung der CDU unter Angela Merkel. Die Union habe immer „NS-Nachfolgeparteien“ absorbiert, sie sei immer nationalkonservativ gewesen, insbesondere die CSU. Diese Arbeitsteilung mit der CSU habe sich immer gelohnt, aber zu einem starken rechten Flügel innerhalb der Union geführt. Die Liberalisierung der Partei habe jedoch eine Nische im Parteiensystem der Bundesrepublik geöffnet, die die AfD besetzen konnte. Allerdings rekrutiere die AfD nicht nur Wähler von Union und FDP, sondern



Podiumsdiskussion // Foto: Lars Landmann, IZS

auch von links. Dies führte Decker darauf zurück, dass die Linkspartei ihre Funktion als Protestalternative von links verloren habe und die AfD nun diese Rolle ausfülle. Als dritten Faktor bezeichnete Decker die rechtliche, politische und gesellschaftliche Stigmatisierung des Rechtsextremismus. Dies führe zu einer Unterwanderungsgefahr, indem Rechtsextreme die AfD infiltrieren. Insgesamt sieht Decker gute Chancen dafür, dass sich die AfD auf Dauer etablieren wird. Wählerpotential sei genug vorhanden, wenn die Partei scheitere, dann an ihrem eigenen Unvermögen.

„Die Gründe für den Wahlerfolg der AfD in Wolfsburg erschließen sich mir nicht“, erklärte dagegen Wolfsburgs Oberbürgermeister Klaus Mohrs. Gerade die Integration der Italiener hier vor Ort sei besser gelungen als in anderen Städten, zum Beispiel durch eine deutsch-italienische Schule. Gleichwohl habe dieser Erfolg in der Flüchtlings-Diskussion niemanden interessiert. Gerade Spätaussiedler seien besonders negativ gegen die Flüchtlinge eingestellt gewesen, dabei seien diese einst selbst in Wolfsburg kritisch beäugt worden. Man müsse den

Menschen jedoch klar machen, dass Fremde keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung darstellen. Die Demokratie in Wolfsburg, so erklärte Mohrs, sei aber keineswegs durch die AfD gefährdet.

Das Bundesland Niedersachsen gehe mit dem „Niedersächsischen Landesprogramm gegen Rechtsextremismus“ gegen derartige Entwicklungen vor, berichtete Franziska Schmidtke. Bundesweit verfügen inzwischen zehn Bundesländer über ein solches Programm. Neben der Beratung und Unterstützung von Opfern rechtsextremer Gewalt soll dieses Programm die Zivilgesellschaft stärken und die politische Bildung ausbauen. Gerade das Lernen in interkulturellen Kontexten habe eine positive Auswirkung auf die Bildung demokratischer und kultureller Werte gehabt und sich somit bewährt, erklärte Schmidtke. Das Land Niedersachsen verfüge über einen Landespräventionsrat, der Präventivmaßnahmen gegen Rechtsextremismus beschließe und auch helfen könne, wenn sich Personen bereits radikalisiert hätten. Gleichwohl habe es auch in der gesellschaftlichen Mitte immer rechtsextreme Tendenzen geben, die jedoch in der Regel als kurzfristige Reaktionen zu deuten sind und zumeist schnell wieder abebbten.

Edgar Wolfrum sprach sich zudem für ein härteres Vorgehen gegen die AfD aus. Die Union sei nicht der Vatikan, sie befände sich in einer Konfliktsituation. Wenn sie sich öffne, werde sie sozialdemokratisiert und öffne ihre Flanke nach rechts. Bleibt sie deutschnational, verliere sie Stimmen an die SPD. Wolfrum kritisierte zudem den Begriff des Rechtspopulismus. Dieser verharmlose die AfD, weil sie nicht populistisch, sondern eben extremistisch sei.

Die Rechtspopulisten, so erklärte daraufhin Frank Decker, seien eine neue Parteienfamilie, die zumeist in den 1980er Jahren entstanden sei. Das Wesen des Rechtspopulismus zeichne sich durch Kritik an politischen und gesellschaftlichen Eliten aus. Aus diesem Grund würden rechtspopulistische Parteien sich nie selbst als „Partei“ bezeichnen, da sie nicht mit diesen „Eliten“ in Verbindung gebracht werden wollen. Auch die Medien seien ein zentraler Bestandteil dieser vermeintlichen Eliten und werden von den Rechtspopulisten angegriffen. Dies unterscheide sie maßgeblich von rechtsextremen Parteien wie der NPD, die mit dem Volk eigentlich gar nicht in Kontakt trete. Gleichwohl gebe es rechtsextreme Tendenzen in der AfD. Rechtspopulistische Parteien seien zudem dadurch zu

charakterisieren, dass sie ein begrenztes Demokratieverständnis propagieren. Häufig treten sie als Stimme einer schweigenden Mehrheit auf, negieren aber den Pluralismus und die liberalen Rechte, denn die Mehrheit kann auch in einer Demokratie nicht einfach über eine Minderheit bestimmen.

In der folgenden Diskussion mit den Zuschauern verwies Edgar Wolfrum besonders auf das Bedürfnis der Deutschen nach Sicherheit. Dieses Bedürfnis habe die Große Koalition falsch eingeschätzt. Zudem verwies Wolfrum auf Artikel 1 des Grundgesetzes, in dem es heißt: „Die Würde des Menschen sei unantastbar“. Damit sei nicht nur die Würde des Deutschen gemeint. Die erste Fassung des Grundgesetzes sei ein fantastischer Text, vielleicht der schönste deutsche Text. Gegen die AfD forderte er nochmals ein entschiedeneres Vorgehen: „Wir dürfen die Wehrhaftigkeit der Demokratie nicht vergessen.“ Im Zusammenhang mit der Politik der AfD wurde das Verhältnis von Wahrheit und Lüge angesprochen. Hier müsse man auf die Sorgen der Bürger eingehen und aufklären, forderte ein Zuschauer. Dem stimmte Frank Decker zu. Allerdings könne man auf Emotionen nicht mit Fakten und Statistiken antworten. Politiker müssten sich besser auf die Konfrontation mit der AfD vorbereiten.

Wenngleich die Wahl von 1948 nur wenig mit der aktuellen Kommunalwahl gemeinsam hat, so wurde im Laufe der Veranstaltung doch deutlich, dass die Demokratie nicht nur in der Phase ihrer Etablierung von extremistischen Kräften bedroht wurde, sondern sie sich ihrer Feinde ständig erwehren muss. Die AfD ist dabei, sich als politische Kraft in der deutschen Parteienlandschaft zu etablieren. Welche Wirkungen dies auf Dauer für die Entwicklung der zweiten deutschen Demokratie haben wird, ist zunächst nicht absehbar.